

Initiativen zur Abschaffung der Heiratsstrafe

Die EVP und die Mitte sammeln Unterschriften zur Abschaffung der Heiratsstrafe bei den Bundessteuern sowie bei der AHV. Beigelegt erhalten sie Unterschriftenbögen dazu.

Vielen Dank fürs Unterschriften-sammeln und das Retournieren.

AGENDA

14. März 2023, 19.45–21.00 Uhr
Kantonalvorstand (TDS, Aarau)

25. März 2023, 10.00–12.45 Uhr
Delegiertenversammlung EVP Schweiz (Berufsschule Aarau)
anschliessend Mittagessen

25. März 2023, 14.00–15.30 Uhr
Informationsveranstaltung
EVP Schweiz für Neumitglieder
(Berufsschule Aarau)

30. März 2023, 19.15–22.00 Uhr
(Apéro ab 18.45 Uhr)
Generalversammlung
(Rest. Bahnhof, Dottikon)

13. Mai 2023, 10.00–17.00 Uhr
Frauentagung (Naturama, Aarau)
Info und Anmeldung unter
www.evpev.ch/partei/evp-frauen

03. Juni 2023
Kandidierendenschulung (Bern)

IMPRESSUM

Redaktion
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau
5000 Aarau

Herausgeber
Evangelische Volkspartei Aargau
Abonnement mindestens 15 Franken pro Jahr

Erscheinungsweise
viermal jährlich

Internet
www.evp-ag.ch

E-Mail Sekretariat
sekretariat@evp-ag.ch

Inserate, Adressverwaltung
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau
5000 Aarau
Telefon 077 450 15 99

Realisation und Druck
www.gndruck.ch

Auflage
7920 Exemplare

16 Jahre am Verwaltungsgericht



Jürg Vögtli, Erlinsbach

Im Dezember 2006 wurde ich in einer Kampfwahl zum **Ersatzrichter** am Verwaltungsgericht gewählt und konnte so neben der Oberrichterin Elisabeth Bauhofer als weiteres EVP-Mitglied im Verwaltungsgericht Einsitz nehmen.

Als Ersatzrichter bearbeitet man selbständig Fälle und erarbeitet zu diesen jeweils einen Urteilsentwurf, über den nachher im Gericht beraten und entschieden wird. Ich durfte vor allem Fälle im Bereich des Schul- und Sozialhilferechts behandeln. Zudem kam ich auch bei Beschwerden gegen fürsorgereiche Unterbringungen zum Einsatz, bei welchen jeweils in der psychiatrischen Klinik Königsfelden eine Verhandlung durchgeführt wird.

Auf meine Richtertätigkeit war ich gut vorbereitet, da ich zuvor zwei Jahre am Verwaltungsgericht als Gerichtsschreiber gewirkt habe. Die Arbeit am Verwaltungsgericht ist sehr vielfältig, weil sich das Gericht mit zahlreichen und sehr unterschiedlichen Rechtsgebieten befasst.

Ich konnte in diesen Jahren viele Erfahrungen sammeln und mir Kenntnisse aneignen, die mir auch bei meiner beruflichen Tätigkeit als Leiter der Amtsvormundschaft Bezirk Brugg und später als Präsident der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Olten-Gösigen zugutekamen. Dazu zählen insbesondere die Kontakte mit der Psychiatrie, aber auch die Kenntnisse auf dem Gebiet des Sozialhilferechts.

Am 23. Dezember 2022 wurde ich zusammen mit Elisabeth Bauhofer anlässlich einer Feier im Begegnungszentrum der Klinik Königsfelden von den Kolleginnen und Kollegen des Gerichts verabschiedet.

Die EVP schliesst sich dem Dankeschön der Kolleginnen und Kollegen an.

BERICHT AUS DEM NATIONALRAT



Lilian Studer, Nationalrätin

Bundesratswahlen

Schon bei der Gesamterneuerungswahl des Bundesrates 2019 durfte ich dabei sein. Weil mit Ueli Maurer (SVP/ZH) und Simonetta Sommaruga (SP/BE) gleich zwei Bundesräte ihren Rücktritt erklärten, kam es am 07. Dezember 2022 zu Ersatzwahlen. Hier mitwählen zu können war für mich ein Novum. Für den freigewordenen SVP-Sitz konnte sich der frühere Parteipräsident Albert Rösti (BE) bereits im ersten Wahlgang gegen Hans-Ueli Vogt (ZH) durchsetzen. Die zweite Wahl dauerte länger. Schlussendlich setzte sich Elisabeth Baume-Schneider (JU) gegen ihre Konkurrentin Eva Herzog (BS) durch. Den historischen Moment der Wahlfeier im Jura wollte ich nicht verpassen und gesellte mich in Delémont unter die Feiernden des Kantons Jura.

Nein zur Initiative «Für ein besseres Leben im Alter (für eine 13. AHV-Rente)»

Die EVP unterstützt das Anliegen, allen Menschen in der Schweiz ein Alter in Würde und gesicherter wirtschaftlicher Existenz zu ermöglichen. Eine Initiative lag dem Nationalrat vor, die eine 13. AHV-Rente forderte, aber ein Giesskannenprinzip darstellte. Für unsere EVP-Delegation im Nationalrat ist diese Initiative der falsche Weg. Erstens wäre dies für die AHV finanziell nicht tragbar. Und zweitens, um die Altersarmut effektiv zu bekämpfen, müssen Gelder bedarfsgerecht und gezielt eingesetzt werden.

Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz

Nach dem Nationalrat hat der Ständerat ohne Gegenstimme eine Kommissionsmotion des Nationalrates zur rechtlichen Anerkennung der Gebärdensprache und einer verbesserten Gleichstellung unterstützt. Dies freut mich sehr. In diesem Geschäft war ich federführend und bin nun gespannt auf den Gesetzesentwurf.



INFO AARGAU

Informationen der Evangelischen Volkspartei Aargau



Foto: © Daniel Desborough

Gerechtigkeit im Alltag einer Richterin

Barbara Müller-Hefti,
Geschäftsführerin

Gerechtigkeit ist ein grosses Anliegen der EVP. Elisabeth Bauhofer setzte sich ihr ganzes Berufsleben für Recht und Gerechtigkeit ein und trat nun Ende 2022 nach 26 Jahren als Oberrichterin im Kanton Aargau zurück.

Frau Bauhofer, 1991 wurden Sie als EVP-Kandidatin zur ersten vollamtlichen Gerichtspräsidentin eines Bezirksgerichtes im Aargau gewählt. 1996 wählte Sie der Grosse Rat zur Oberrichterin und 1998 ans Verwaltungsgericht des Kantons Aargau. Was gefällt Ihnen an Ihrer Arbeit besonders?

Mir gefallen die Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen und die Arbeit im Grenzgebiet von Psychiatrie und Jurisprudenz. Besonders freue ich mich, wenn ab und zu feststellbar ist, dass eine Gerichtsverhandlung in der Klinik Königsfelden zur Klärung beitragen konnte, sodass die Beschwerde führenden Patienten oder Patientinnen die Verhandlung guten Mutes verlassen und mehr Einsicht in die Notwendigkeit ihrer weiteren Behandlung haben, selbst wenn ihre Beschwerde abgewiesen werden musste.

Wie erleben Sie Gerechtigkeit in Ihrer Arbeit?

Ob ein Urteil gerecht ist, kann sehr unterschiedlich beurteilt werden, je

nach gesellschaftlichem, ethischem oder kulturellem Hintergrund. In meiner Arbeit sind wir alle bestrebt, die geltenden Gesetze nach bestem Wissen und Gewissen anzuwenden und eine möglichst weitgehende Annäherung an die Gerechtigkeit zu finden. Ungerechtigkeiten lassen sich nicht vermeiden. Beispielsweise wenn ein Gericht, gestützt auf die gesetzliche Regelung, nicht auf eine Beschwerde eintritt, weil diese einen Tag zu spät eingereicht wurde.

Gerechtigkeit für alle gibt es immerhin bei der Durchführung fairer Gerichtsverfahren. Diese Verfahrensgerechtigkeit ist auch mir persönlich ein grosses Anliegen und bedeutet, dass alle Rechtssuchenden, unabhängig vom Ansehen der Person oder ob sie durch einen Rechtsanwalt vertreten werden oder nicht, gleichbehandelt, angehört und ernst genommen werden. Mein Anspruch an mich: in jedem Fall ein gerechtes und faires Verfahren durchzuführen, gut vorbereitet zu sein und mir Zeit zu nehmen für die Verhandlung, sodass die Beteiligten spüren, dass ich sie ernst nehme und ihre schwierige Situation verstehe.

Beobachten Sie über die letzten knapp 30 Jahre eine Veränderung der gesellschaftlichen Haltung im Hinblick auf Gerechtigkeit?

Ich erlebe vor allem, dass einerseits die Akzeptanz und der Respekt dem Staat

und den Gerichten gegenüber abgenommen hat. Andererseits erwartet man teilweise zu viel von Politik und Justiz, da es den staatlichen Organen meines Erachtens unmöglich ist, alle menschlichen Probleme zu lösen und jegliche gefährliche Situationen zu verhindern.

Wo wünschen Sie sich von der Politik, dass diese noch mehr auf Ungerechtigkeit reagiert?

Mein Wunsch an die Politik ist, den Teil der Präambel der Bundesverfassung immer im Auge zu behalten, der lautet, dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen. Hier gilt es Ungerechtigkeiten anzusprechen und auszumerzen, wenn Starke und Reiche auf Kosten der Schwachen und Bedürftigen leben, wie dies beispielsweise beim Menschenhandel offensichtlich der Fall ist.

Herzlichen Dank für Ihr jahrzehntelanges Engagement für Gerechtigkeit und für die EVP. Wir wünschen Ihnen viel Freude inmitten der schönen Bergwelt der Surselva, Gesundheit und Erfüllung im neuen Lebensabschnitt.

Post CH AG
EVP-Info des Kantons Aargau
Retouren an:
EVP Aargau
5000 Aarau

AZB
CH-5000 Aarau

Herr
Max Mustermann
Musterstrasse 8
0000 Musterstadt

FRAKTIONSBERICHT



Uriel Seibert, Grossrat

Bahnen sich finanziell schwierigere Zeiten an, dauern Budgetdebatten länger. So brauchte der Grosse Rat heuer für das Budget drei Sitzungen, wo früher eine bis zwei ausgereicht hatten.

Nun, da ohne Ausschüttungen der Nationalbank jährliche Defizite im dreistelligen Millionenbereich drohen, lautete der Tenor der rechten Parlammentshälfte, dass Sparen angesagt sei. Wohl wissend, aber geschickt ignorierend, dass einer der Haupttreiber für die Haushaltsverschlechterung die von Mitte-Rechts durchgedrückte Steuer-senkung ist und dem Kanton jährliche Mindereinnahmen von 150 Millionen Franken beschert.

Kurzfristig können die Defizite allerdings noch dank der üppig gefüllten Ausgleichsreserve abgedeckt werden. Auf diese Weise blieben grössere Sparübungen aus. Dafür bleibt weiterhin das Bestreben einer Mehrheit, die Verpflegungsgelder für Asylsuchende, Schutzbedürftige und vorläufig aufgenommene Ausländer äusserst knapp zu halten. Diese müssen weiterhin mit 8 Franken pro Tag ihre gesamte Verpflegung organisieren. Eine Erhöhung um 2 Franken, wie sie die EVP gefordert hatte, scheiterte leider an einer Allianz aus SVP-EDU, FDP und Mitte.

Aus finanzieller Hinsicht zu diskutieren, gab auch das angekündigte Finanz-

hilfesuch über 240 Millionen Franken des Kantonsspitals Aarau. Obwohl das Gesuch formell erst im Frühling 2023 im Parlament behandelt wird und längst noch nicht alle Details publiziert waren, wurde es von verschiedenen Grossräten und Parteien genutzt, um Stimmung gegen das KSA zu machen und den Verwaltungsrat öffentlich zu diskreditieren.

Die EVP distanzierte sich deutlich von solcher Stimmungsmache, die auf Sündenböcke statt auf Lösungen abzielt. Treffend hielt Dr. Roland Frauchiger in einer Fraktionserklärung fest, dass «wenn im Fussball-Tore kassiert werden, nicht immer der Goalie schuld ist» und erinnerte daran, dass auch Versäumnisse des Grossen Rats zur Finanzierungslücke geführt haben.

Uneinig waren sich die EVP-Fraktionsmitglieder bei einer Motion, welche forderte, dass die Kosten für die externe Kinderbetreuung in Zukunft je zu einem Drittel von Eltern, Gemeinde und Kanton getragen werden sollen. Einzelne Fraktionsmitglieder unterstützten diese Motion, da so die Gleichberechtigung und Chancengleichheit gefördert werden sowie Folgekosten für Förderunterricht, Heilpädagogik, für Therapien oder für psychiatrische Behandlungen reduziert werden können.

Die anderen wiederum störten sich am Giesskannenprinzip der Motion. Während ein gewisses Verständnis für Unterstützung in tieferen Einkommensschichten besteht, wäre es sozialpolitisch stossend, wenn ärmere Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, die Kinderbetreuungskosten für reiche Familien mitfinanzieren müssten. Als Motion fand der Vorstoss keine Mehrheit, wurde jedoch grossmehrheitlich als Postulat überwiesen.

VORSTÖSSE

• Die EVP-Fraktion hat eingereicht

- Interpellation betreffend konstruktives Referendum («Volksvorschlag» / «Gegenvorschlag»)

• Therese Dietiker hat miteingereicht

- Postulat betreffend Überprüfung der Auswirkungen des Splittingmodells im Stipendienwesen und der aktuellen Ausbildungsbeiträge im Stipendiendekret

• Roland Frauchiger hat miteingereicht

- Postulat betreffend Einführung eines Baurekursgerichts / Prüfung eines Wechsels in das Zürcher System in Bausachen im Kanton Aargau

• Lutz Fischer-Lamprecht hat miteingereicht

- Postulat betreffend Transparenz Entwicklung der Fruchtfolgefläche (FFF), insbesondere Verbrauch/Verlust von FFF

- Motion betreffend Einsatz von Destabilisierungsgeräten DSG (sogenannte Taser) durch die Aargauer Polizeien

• Christian Minder hat miteingereicht

- Postulat betreffend Vorbildfunktion des Kantons Aargau im Umgang mit Meteorwasser (Regenwasser)

• Urs Plüss hat miteingereicht

- Motion betreffend bewilligungsfreie Sonntagsverkäufe

- Motion betreffend Standortförderung durch eine Vorreiterrolle im Bereich E-Voting stärken

«Für euses Zämeläbe»

... in den Ständerat
... in den Nationalrat, bisher



Ich habe Menschen gerne. Unsere Gesellschaft und unsere Schöpfung sind mir wichtig. Dies ist meine Hauptmotivation, in der Politik und für unsere Schweiz tätig zu sein und dabei Brücken zu bauen, nach Kompromissen zu suchen. Zuhören können, lösungsorientiert handeln und mich von Werten wie Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde leiten lassen – das sind meine Stärken und meine Gesinnung. Ein politisches Amt ist für mich ein Dienst an den Menschen. Eben: «Für euses Zämeläbe». Seit Beginn meiner politischen Tätigkeit begleitet mich der Bibelvers, der genau das aussagt: «Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl.» (Jeremia 29,7)

Echt, engagiert und erfahren

Letztes Jahr feierte ich mein 20-jähriges Jubiläum in der Politik: Grossrätin, Fraktionspräsidentin, Gründungspräsidentin und Präsidentin der Jungen EVP, Nationalrätin und Präsidentin der EVP. Während diesen Jahren durfte ich viele Anliegen, Dossiers und Gesetzesberatungen mitprägen und Komitees anführen.

Es ist immer wieder spannend zu sehen, wie Engagements sich weiterziehen. Beispiele:

Den Schutz vor dem Passivrauchen habe ich im Kanton Aargau vor vielen Jahren gefordert. Später habe ich bei der Unterschriftensammlung wie bei der Abstimmung der Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» meinen Teil beigetragen. Diese Initiative wurde letztes Jahr vom Volk erfolgreich angenommen.

Im Grossen Rat habe ich mit meiner Fraktion ein Massnahmenpaket gegen Menschenhandel verlangt, welchem zugestimmt wurde. Nun bin ich Co-

Präsidentin der parlamentarischen Gruppe «Menschenhandel» und fordere mit meinen EVP-Mitstreitern im Nationalrat weitergehende Massnahmen. Auf Kantonsebene leistete ich als Präsidentin der Kommission für Justiz einen grossen Einsatz bei der Reorganisation der Richterwahlen. Auf Bundesebene konnte ich diese getane Arbeit nun ebenfalls vorstellen und hoffe auf Anpassungen.

Meine Legislatur im Nationalrat wurde von Krisen geprägt. Nicht nur in solchen Zeiten ist es zentral, die Herausforderungen **gemeinsam** anzupacken und nach Lösungen zu suchen. «In guten, wie in schlechten Tagen» ist man im politischen Amt gefordert, und dieses «Bewusstsein» bestimmt mein Handeln.

In den Ständerat

Am 22. Oktober 2023 wird das Parlament neu bestellt. Aufgrund meiner langjährigen politischen Erfahrung, insbesondere auf kantonaler Ebene, kandidiere ich **für den Ständerat**. Neben meinem grossen Rucksack an Erfahrungen ist meine Art und Weise zu politisieren, z.B. Sachpolitik voranzustellen, für diese Kammer ideal. Nach einer Legislatur mit Rechtskurs will ich die Ständeratsdelegation des Kantons Aargau politisch wieder «einmitten». Sollte es nicht klappen, ist es mein Ziel, weiterhin mit Freude Nationalrätin zu sein.

Sowohl die Kandidatur für den Ständerat wie die Wiederwahl in den Nationalrat erfordern einen enormen Einsatz für mich und die EVP. Damit es gelingen kann, sind wir auf eure grosse Unterstützung angewiesen. Wählt mich und konsequent die EVP, macht Werbung für mich und unsere Partei, unterstützt die Kampagnen finanziell, z.B. mittels dieses QR-Codes.



Lilian

Herzlichen Dank dafür! Eure Lilian

PS: Hier könnt ihr euch eintragen, um mich mit eurem Namen oder mit Wahlwerbung zu unterstützen: www.lilianstuder.ch/wahlen23

MITTEILUNGEN

Cornelia Forrer, Aarau, in den Vorstand der EVP Frauen gewählt

An ihrer ersten Vollversammlung wurde die Aarauer Einwohnerrätin, Cornelia Forrer, in den Vorstand der EVP Frauen Schweiz gewählt. Die EVP gratuliert Cornelia Forrer zu dieser Wahl und wünscht ihr viel Freude im neuen Amt.

Wechsel im Einwohnerrat Buchs

Zwei Jahre nachdem Ueli Frey auch in den Kreisschulrat gewählt wurde, trat er per Ende 2022 als Einwohnerrat zurück und übergibt dieses Amt Ike Johnson. Die EVP bedankt sich bei Ueli Frey herzlich für sein grosses Engagement und wünscht Ike Johnson viel Freude und Weisheit im Einwohnerrat.

Generalversammlung 2023 und Nomination für die Nationalratswahlen

Alle Mitglieder sind herzlich zur Generalversammlung am 30. März 2023 ab 18.45 Uhr im Restaurant Bahnhof in Dottikon eingeladen (Einladung inkl. Traktanden folgt).

Sunna Gerber-Bircher, alt Grossrätin, gestorben

Sunna Gerber-Bircher, geb. 1925, wohnhaft gewesen in Aarau, starb am 30. November 2022 nach reich erfülltem Leben. Die Musikpädagogin und Familienfrau vertrat von 1990-1993 die EVP des Bezirks Aarau im Grossen Rat. Zudem war sie während zwei Amtsperioden als Mitglied in der Schulpflege von Aarau tätig. Im Vordergrund ihrer politischen Arbeit standen Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Bildungs- und Umweltthemen. Ihr besonderer Einsatz galt den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig engagierte sie sich mit Herzblut für mehrheitsfähige, manchmal auch unorthodoxe Lösungen, ganz nach dem späteren EVP-Leitspruch: Von Menschen für Menschen.

Ernst Beyeler, alt Bezirksrichter, gestorben

Ernst Beyeler, geb. 1949, starb am 25. Dezember 2022. Der in Oberflachs wohnhaft gewesene Landwirt und Kleinunternehmer wurde 2000 erster Bezirksrichter der EVP im Bezirk Brugg. Dieses Amt übte er bis kurz vor Erreichung des 70. Lebensjahres aus. Er war jahrelang Bezirkspräsident der EVP.

ANZEIGE



Bekannt für Cordon bleu und eine grosse Auswahl an einheimischem Wein

Das Gasthaus für Leib und mit Seele
www.thalner-baer.ch
Hauptstrasse 88 • 5112 Thalheim • 056 44 33 888



Gut zu haben.

S-Deposito⁺

Mit Silber setzen Sie auf einen wahren Wert.

bb-wertmetall.ch
0041 62 892 48 48